

159 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
über den Beschluß des Nationalrates vom 22. Jänner 1969,
betreffend ein Übereinkommen über die Geltendmachung von
Unterhaltsansprüchen im Ausland

Mit dem vorliegenden im Rahmen der Vereinten Nationen
ausgearbeiteten multilateralen Übereinkommen soll die Geltend-
machung von Unterhaltsansprüchen im Ausland erleichtert
werden. Die vorgesehene Rechtsverfolgung von Unterhaltsan-
sprüchen tritt nicht an die Stelle der dafür im innerstaat-
lichen oder internationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten,
sondern will diese ergänzen. Das Übereinkommen enthält vor-
wiegend verfahrensrechtliche Bestimmungen, die zum Großteil
entsprechender innerstaatlicher Ausführungsgesetze bedürfen.

Der Nationalrat hat daher anlässlich der Verabschiedung
der Vorlage im Sinne des Art. 50 Abs.2 B.-VG. beschlossen,
daß dieses Übereinkommen durch Erlassung von Gesetzen zu er-
füllen ist.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 5. Feber
1969 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem
Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den vorliegenden Beschluß des Nationalrates vom 22.
Jänner 1969, betreffend ein Übereinkommen über die Geltend-
machung von Unterhaltsansprüchen im Ausland, wird kein Ein-
spruch erhoben.

Wien, am 5. Feber 1969

H a l l i n g e r
Berichterstatter

M a y r h a u s e r
Obmann